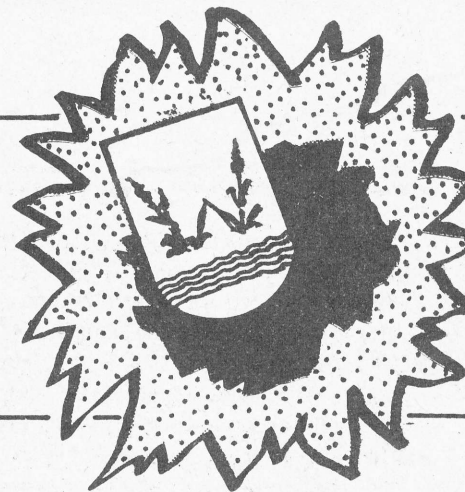


DER GRÜNE BOTE



9. Jahrgang Okt.'93

„DAMIT SICH ARBEIT WIEDER LOHNT“

„Diese Bundesrepublik wird nicht die alte bleiben können.“ So hieß es nach dem Anschluß der DDR im Oktober 1990. Viele Bürgerrechtler(innen) in den fünf neuen Bundesländern, aber auch manche Wessis verbanden diese Aussage mit einer gehörigen Portion Optimismus. Nachdem der „real existierende Sozialismus“ in der DDR wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen war, trugen sie die Hoffnung, in dem vereinigten Deutschland auch Verkrustungen und Fehler im politischen System der alten BRD überwinden zu können.

Heute sind solche Wunschvorstellungen weitgehend begraben. Die Bundesrepublik ist in der Tat nicht mehr die alte, aber in welcher Richtung hat sie sich verändert! Mehr und mehr geraten auch ihre sozialpolitischen Grundlagen ins Wanken.

Vergleichsweise hohe Löhne als Regelfall, mit denen sich (fast) alles kaufen läßt, und im Notfall ein beachtliches Maß an staatlich garantierter sozialer Sicherheit: diesen Ruf hat die Bundesrepublik Deutschland seit langem in aller Welt. Der Lebensstandard im Westen lockte die DDR-Bürger(innen) nach der Wende schließlich auch in den hastigen staatlichen Anschluß an die BRD.

Mittlerweile beginnt das Bild vom Wohlstandsparadies allerdings, von den unteren Bereichen her deutlich Risse zu zeigen.

Die Arbeitslosigkeit greift um sich. Offiziell sind derzeit in West und Ost vier Millionen Menschen bei den Arbeitsämtern gemeldet. Und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen.

Ebenfalls vier Millionen Menschen allein in den alten Bundesländern haben ohne Sozialhilfe nicht genug Geld zum Leben. Die weitverbreitete Altersarmut verwitweter Frauen gehört in diesen Zusammenhang. Auch hier ist eine Umkehr der Tendenz nicht zu erwarten.

Der Anteil vom Monatseinkommen, der für die Wohnkosten aufgebracht werden muß, steigt und steigt. In den fünf neuen Bundesländern verläuft dieser Prozeß besonders dramatisch. Nach Informationen des Deutschen Mieterbundes haben dort im letzten Jahr 50 000 Menschen aus ihren Wohnungen ausziehen müssen, weil sie die drastisch verteuerten Mieten nicht mehr bezahlen konnten. Kein Wunder, daß auch aus diesem Grund die Obdachlosenzahlen in die Höhe gehen. Allein in Frankfurt (am Main) leben heute mit mindestens 5000 Menschen ohne feste Bleibe genau so viele Obdachlose wie in den ersten Nachkriegsjahren.

Das vielgerühmte „soziale Netz“ der Bundesrepublik Deutschland, das den Absturz einzelner Mitglieder dieser Gesellschaft ins Elend verhindern soll, hat an einigen Stellen ohnehin recht große Maschen. Jetzt droht es zu zerreißen. Besser gesagt: Einflußreiche Wirtschaftskreise und die Regierungsparteien in Bonn zerrren vorsätzlich an seinen tragenden Teilen. Sie wollen eine Wende in der Sozialpolitik und gefährden damit bewußt eine Grundlage des sozialen Friedens in dieser Gesellschaft.

Wichtige Wirtschaftszweige befinden sich in einer tiefen Konjunkturalsole, und in der ehemaligen DDR brechen ganze Industriebranchen zusammen. Die Konsequenz der Firmenleitungen: Massenentlassungen und die Forderung nach längeren Arbeitszeiten für weniger Lohn. Gleichzeitig steigen die Folgekosten der deutschen Einheit ins Unabsehbare. Die Staatskassen sind leer.

„Wir haben zu gut gelebt“, meint CDU-Kanzler Kohl. Der Mann hätte sogar recht, sollte er dabei an den Raubbau gegen die Natur und das Elend in der Dritten Welt denken. Wenn er damit die Menschen in Deutschland meint, die die kapitalistische Wirtschaftskrise und die staatliche Einheit mit wachsender Armut bezahlen sollen, dann ist er nicht recht bei Trost.

Am 11. August hat das CDU/FDP-Bundeskabinett massive Einschnitte in das soziale Netz beschlossen. Sie bedürfen teilweise noch der Zustimmung durch den Bundesrat. In den nächsten drei Jahren sollen Bund, Länder und Gemeinden demnach 100 Milliarden DM im sozialen Bereich einsparen. Besonders schwerwiegend sind die Eingriffe bei der Sozialhilfe und bei den Leistungen der Arbeitsämter.

Die Sozialhilfe soll bis 1996 „vorübergehend“ an die Nettolohnentwicklung in Westdeutschland angepaßt werden. Anhebungen der „Stütze“ um zwei und drei Prozent und dazwischen eine Nullrunde bedeuten jedoch reale Einkommensverluste für die Sozialhilfeempfänger. Derzeit liegt der Regelsatz für einen „Haushaltsvorstand“ übrigens bei ungefähr 500 DM, Miete und Heizkosten werden gesondert als Sachleistung erstattet.

Schon zum 1. Juli 1993 hat die Bundesregierung das Prinzip der bedarfsdeckenden Sozialhilfe für kinderreiche Familien aufgehoben. Familien mit mindestens drei Kindern würden also in Zukunft über deutlich weniger Einkommen aus Sozialhilfe verfügen können. Die brauchen diese Hilfe wohl nicht?

Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sollen um vier beziehungsweise drei Prozent gekürzt werden. Arbeitslosenhilfe ist nur noch für einen Zeitraum von zwei Jahren vorgesehen. Das Arbeitslosengeld liegt dann bei 59 bis 64 Prozent vom Nettolohn der letzten sechs Monate, die Hilfe bei 53 bis 55 Prozent davon. Vor allem bei den unteren Lohngruppen ist damit wahrhaft ein Leben in Saus und Braus möglich, oder?

Die Vermutung liegt nahe, daß Arbeitslose über diesen Weg verstärkt gezwungen werden sollen, auch miese Niedriglohnarbeiten anzunehmen. Hier schließt sich ein heimtückischer Kreis: Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und (Niedrig-)Lohn behielten ihren Abstand zueinander, aber sozusagen eine Etage tiefer. Und der Druck auf die übrigen Lohn- und Gehaltsgruppen wäre damit vorprogrammiert. Finanzminister Waigel (CSU) will mit dieser Operation "das Gefühl vermitteln, daß sich Arbeit wieder lohnt." Es fragt sich nur für wen.

Heinz-Ludwig Nöllenburg



TERMINE

9.11. **Bildungspolitik**, Michael Brumlik, DIE GRÜNEN HD, 20 Uhr

12.11. **Informationsveranstaltung** mit Dokumentar- und Spielfilm zur **Menschenrechtssituation** in Südafrika, amnesty international und Kommunales Kino, 20 Uhr, Arche.

10. 12. **Film 'George Grosz in Amerika, schön ist's im Labyrinth'**, Regie Norbert Bunge, Arche, 20 Uhr

Die Klärgemeinschaft "AKW Obrigheim abschalten" informiert

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, seit unserem letzten Brief im Januar 1993 hat sich einiges ereignet, über das wir heute berichten wollen. Im Genehmigungsbescheid des Wirtschaftsministeriums für den sog. Dauerbetrieb des AKW Obrigheim vom 27.10.1992 ist zu lesen: "Die KWO GmbH erbringt ... den Nachweis, daß für einen Betriebszeitraum von 6 Jahren im voraus der sichere Verbleib der abgebrannten Brennelemente durch zugelassene Einrichtungen der Genehmigungsinhaberin oder durch bindende Verträge sichergestellt ist. Unabhängig von den ... zur Verfügung stehenden Positionen für die Zwischenlagerung bestrahlter Brennelemente bestehen Verträge ... mit einer ausländischen Wiederaufarbeitungsanlage, die bis in das Jahr 1996 reichen. Darüber hinaus existieren Optionsrechte für weitere 10 Jahre." Demnach müßte die Lagerkapazität für abgebrannte Brennstäbe bis 2008 reichen. Nach kaum 2 Monaten aber stellten die Betreiber dieses AKW beim Umweltministerium Baden-Württemberg den Antrag, das Zwischenlager zu erweitern, um bis zu 800 abgebrannte Brennstäbe zusätzlich zu lagern. Der Grund ist klar: Weltweit gibt es keine Endlager für radioaktiven Müll; daher muß man "Zwischenlagern"! Die Lagerung dieser Brennstäbe würde eine enorme Zunahme der radioaktiven Substanzen im AKW bedeuten. Nach Auskunft des Umweltministeriums vom 2.8.93 wurde mit der Prüfung begonnen, "ob diesem Antrag stattgegeben werden kann". Es ist vielsagend, daß das Umweltministerium einen Antrag prüft, der in eklatantem Widerspruch zum Genehmigungsbescheid steht.

Es kommt noch toller: Sie erinnern sich wohl, daß das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) Berlin zugunsten des AKW Obrigheim entschieden hat. Dabei vertrat es - gestützt auf die Aussagen des Umweltministeriums und der Betreiber des AKW - die Ansicht, daß nicht der heutige Stand von Wissenschaft und Technik maßgebend sei, sondern der ursprüngliche von 1968; dieser längst überholte Wissensstand wurde vom BVerwG als Basis für die sog. Dauerbetriebsgenehmigung vorgegeben. Es ist müßig, sich über Unsinniges Gedanken zu machen, zumindest in diesem Fall; theoretisch könnte demnach das AKWO noch im Jahre 2030 nach dem Standard von 1968 betrieben werden. Unser Rechtsanwalt Herr Dr. Becker hat jedoch in den Akten, die ihm zur Verfügung standen, einige schwerwiegende Fakten entdeckt, die das Vorgehen des Umweltministeriums und der Betreiber, aber auch das Urteil des BVerwG in ganz neuem Licht erscheinen lassen. Die Ergebnisse seiner

Recherchen trug Dr.Becker in einer Pressekonferenz vor, zu der die "Grünen" am 1.7.1993 im Stuttgarter Landtag eingeladen hatten. Herr Dr.Becker entnahm den Akten:

Württemberg vom 11.9.1990 wird festgestellt,daß das AKW Obrigheim in großem Umfang geändert worden sei und die Betreiber Unterlagen vorlegen müssen, daß die Schadensvorsorgeeinrichtungen dem jetzigen Stand der Wissenschaft und Technik entsprechen.

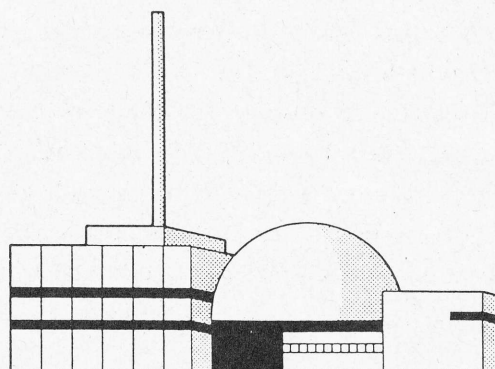
2. In einem Positionspapier des Umweltministeriums vom 4.10.1990 und einem Schreiben an das Wirtschaftsministerium vom 19.11.1990 wird festgestellt, daß der Statusbericht des TÜV vom Frühjahr 1990 kein Betriebs-Gutachten darstelle und daß die Aussagen dieses Berichtes zu wesentlichen Sicherheitsfragen nur auf Abschätzungen oder auf Angaben der Betreiber des AKW Obrigheim beruhen.

3. Bis Ende der siebziger Jahre hat das -damals zuständige - Sozialministerium als Grundlage für eine Dauerbetriebsgenehmigung eine abschließende und umfassende Gesamtbegutachtung des AKW Obrigheim gefordert.

Fassen wir zusammen: Die zuständigen Behörden hatten die Ansicht vertreten, vor der "Dauerbetriebsgenehmigung" wäre eine umfassende sicherheitstechnische Überprüfung des AKW Obrigheim nötig auf der Grundlage des heutigen Standes von Wissenschaft und Technik. Und dennoch ließen die gleichen Behörden zu, daß ihr Rechtsgelehrter Prof. Kirchhof vor dem BVerwG behaupten konnte, die bisherigen (Teil-)Genehmigungen hätten "alle sicherheitstechnischen Fragen erfaßt und beschieden". Wären dem BVerwG die nur auszugsweise zitierten Unterlagen der Behörden bekannt gewesen, hätte es dem Dauerbetrieb nie zustimmen können.

Die hier kurz geschilderten Vorgänge veranlaßten Dr. Becker im Namen der Kläger die Wiederaufnahme des Verfahrens durch eine Restitutionsklage beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim zu beantragen, um aufgrund der neuen Erkenntnisse die Stilllegung des AKW Obrigheim zu bewirken. Wir müssen Ihnen nicht erst sagen, daß dieses Verfahren Geld kostet. Daher möchten wir Sie erneut bitten, uns durch großzügige Geldspenden zu helfen. Damit helfen Sie auch sich selbst und unseren Nachkommen. Unser Konto lautet:
"AKW Obrigheim Abschalten" Kto:4467809
Volksbank Neckargemünd BLZ 672 917 00

i.A. der Klärgemeinschaft:Dr.med.W.Sieber
Kontaktadresse für Neckargemünd und Umgebung:
Peter Kühn / Poststr.12 /Wolfgang
Stather/Poststr.18/beide 69257 Wiesenbach



REGENWASSERNUTZUNG ERLAUBT

Mit großem Engagement und in vielen, vielen Stunden eigener Arbeit hat das Ehepaar Scholz in der Silcherstraße eine Regenwassernutzungsanlage für ein Einfamilienhaus geplant und installiert. Vor längerer Zeit hatten die beiden im Rathaus die notwendige Genehmigung für ihre Anlage beantragt. Der Gemeinderat hat jetzt seine Zustimmung zum Betrieb der Einrichtung erteilt. Der GRÜNE BOTE führte aus diesem Anlaß mit Herrn und Frau Scholz das folgende Gespräch.

GrüB: Die Gemeinde hat Ihnen die Nutzung Ihrer Regenwassernutzungsanlage genehmigt. Wie funktioniert dieses System eigentlich?

Herr Scholz: Wir fangen das Regenwasser vom Dach unseres Hauses auf. Es durchläuft einen Grobfilter und wird dann in einem 7000 l -Tank gesammelt. Das ist übrigens unser alter Öltank, den wir für die Heizung nicht mehr benötigen, weil wir auf Erdgas umgestellt haben. Der Tank wurde gereinigt und von uns mit einer speziellen Folie ausgekleidet, so daß er uns jetzt als Wasserbehälter dienen kann.

Mit Hilfe einer Kreiselpumpe fließt das Wasser dann durch einen Feinfilter in sein eigenes Leitungssystem.

Frau Scholz: Das Regenwasser darf nicht in die Trinkwasserleitung. Das ist so vorgeschrieben, muß auch so sein. Wir brauchen deshalb eigene Wasserhähne für das Regenwassersystem mit dem "Kein-Trinkwasser"-Schild.

GrüB: Wie können Sie denn das Regenwasser überhaupt nutzen?

Frau Scholz: Unsere Waschmaschine und die WC-Spülung sind an das Regenwasserleitungsnetz angeschlossen. Und dann benutzen wir es für die Gartenarbeit und bei den verschiedenen Wascharbeiten, die so in einem Haushalt anfallen.

Herr Scholz: Ich habe das Regenwasser sogar schon in der Dusche ausprobiert.

GrüB: Haben Sie da keine hygienischen Bedenken?

Herr Scholz: Überhaupt nicht. Die Anlage muß natürlich gewartet werden. Der Feinfilter wird alle zwei Monate ausgewechselt, und zweimal im Jahr geb ich eine Dosis eines unbedenklichen Desinfektionsmittels

in den Tank, so wie das jeder Camping-Freund macht, um seine Wasserbehälter keimfrei zu halten.

GrüB: Ist die Ihnen jetzt von der Gemeinde erteilte Genehmigung eigentlich eine Ausnahmeregelung für das "Haus Scholz"?

Herr Scholz: Wir haben als erste einen entsprechenden Antrag gestellt: Aber der Gemeinderat hat ausdrücklich beschlossen, daß jeder Hausbesitzer eine Regenwassernutzungsanlage installieren kann. Es bedarf da bei allerdings der Genehmigung durch das Rathaus, damit die technisch einwandfreie Trennung von der Trinkwasserversorgung gewährleistet ist.

GrüB: Sie sind beide im hiesigen BUND aktiv. Wie sehen Sie den ökologischen Nutzen Ihrer Anlage?

Frau Scholz: Trinkwassersparen ist praktischer Umweltschutz. Sie kennen doch die Probleme, die es im hessischen Ried schon gibt. Wir können uns ein weiteres Ansteigen des Wasserverbrauchs vom Gesichtspunkt des Umweltschutzes aus nicht länger leisten: Und die Bodenseewasserleitung kann doch nicht die Alternative sein.

Herr Scholz: Die Regenwassernutzung leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Wasserrückhaltung, insbesondere bei Unwettern. Unsere Anlage hält 60 -80 Prozent des Regenwassers zurück.

GrüB: Rechnet sich die ganze Sache eigentlich auch in Mark und Pfennig?

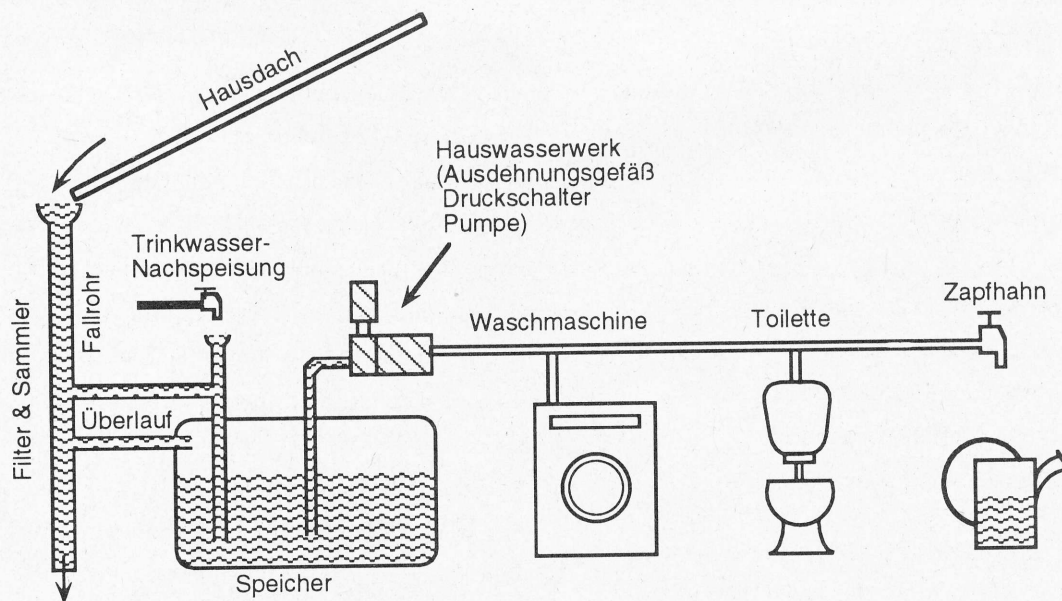
Herr Scholz: Die rechnet sich auf jeden Fall: Welche Investitionen sind denn nötig? Ein Vier-Personen-Haushalt benötigt etwa vier Kubikmeter Speicherkapazität. Ein entsprechender Betontank kostet neu etwa 1500 DM, die gesamte Anlage ungefähr 3800 DM. In vielen Häusern gibt es aber noch die alten Öltanks, die benutzt werden können. Na gut, das getrennte Rohrleitungssystem. . . In Neubauten sind die Zusatzkosten dafür natürlich geringer als bei seinem nachträglichen Einbau. Aber das amortisiert sich doch.

Wir benötigen jetzt jedenfalls nur halb soviel Trinkwasser wie früher. Allerdings achten wir nebst der Regenwassernutzung auch darauf, daß bei uns kein Trinkwasser ungenutzt in die Kanalisation läuft.

GrüB: Die Abwassergebühren richten sich nach der in einem Haushalt verbrauchten Trinkwassermenge. Sie verbrauchen weniger Trinkwasser. Ihr Regenwasser kommt zwar an keiner Wasseruhr vorbei, landet aber zum großen Teil doch ebenfalls in der Kläranlage: Ist das nicht ungerecht, wenn Sie weniger Gebühren bezahlen?

Herr Scholz: Das finde ich nicht. Wir schonen schließlich sowohl die Trinkwasserreserven der Gemeinde als auch die Kläranlage, wegen der Rückhaltung. Bei der Müllvermeidung wird Abfallvermeidung inzwischen ja auch belohnt. Die Gemeinde muß ihre Satzung ändern, wenn die Brauchwassernutzung immer weiter gedeiht, was ich mir wünsche. Wir sind gerne bereit, dafür in Zukunft dann mehr Abwassergebühr zu bezahlen, als wir es jetzt tun.

Prinzip einer Regenwasser - Nutzungsanlage



Hunger in Westafrika durch Fleischlieferungen

Neckargemünder FIAN-Gruppe protestiert am
Welternährungstag gegen EG-Fleischsubventio-
nen

Die Existenz von etwa vier Millionen Viehzüch-
tern, überwiegend Nomaden, in den Sahel-
staaten ist durch EG-Rindfleischexporte akut
gefährdet. Darauf weist aus Anlaß des Welt-
ernährungstages am 16. Oktober die Neckarge-
münder FIAN-Gruppe hin. Die internationale
Menschenrechtsorganisation für das Recht auf
Nahrung beklagt, daß seit 1984 mit etwa 800
Millionen DM Exporte von Rindfleisch nach
Westafrika durch die EG subventioniert und da-
mit der traditionelle Absatzmarkt für die Vieh-
züchter im Sahel zerstört wurde.

"Die Sahelstaaten Burkina Faso, Mali und Niger
gehören zu den ärmsten Ländern der Welt.

Es ist ein Skandal, daß unsere Überschußproduk-
tion den Hunger in die Hütten der dortigen Vieh-
züchter trägt", kritisierte Peter Kühn von der
Neckargemünder FIAN-Gruppe. "Die Nomaden
können ihr Vieh nicht mehr verkaufen, deshalb
fehlt ihnen das Geld für Grundnahrungsmittel
und Medizin." FIAN fordert von der EG-Kom-
mission einen sofortigen Stop der Subventionen.

Aufgrund erster Proteste von Bauernorganisatio-
nen aus dem Sahel und europäischen Entwick-
lungsorganisationen hat die EG-Kommission im
Juni 1993 ihre Exportsubventionen von circa
4 DM pro Kilo Rindfleisch nach Westafrika um

15 Prozent reduziert. Materiell ohne Belang,
da die Preise des dort produzierten Fleisches
immer noch klar unterboten werden. "Doch un-
sere Kampagne hat erste Wirkung gezeigt. Jetzt
muß mehr Druck auf die EG-Kommission
ausgeübt werden, damit die Viehzüchter im Sa-
hel ein menschenwürdiges Leben führen kön-
nen", meint FIAN-Sprecher Gerhard Schwaab.
"Wichtig wäre insbesondere, daß sich das in
Bonn zuständige Landwirtschaftsministerium
rührt. Es kann doch nicht angehen, daß wir un-
sere Überschußproduktion mit Steuergeldern auf-
recht erhalten und damit in Afrika Hunger pro-
duzieren."

Protestbriefe gegen diesen Fleischskandal an die
EG-Kommission und Landwirtschaftsminister
Borchert sind erhältlich bei FIAN Neckargemünd
c/o Peter Kühn, Poststraße 12, 69257 Wiesen-
bach, Telefon 06227/40774.

Auch das deutsche Entwicklungshilfeministerium
hält die Situation im Sahel für "besorgniserre-
gend" und macht in einem Schreiben an FIAN
die "EG-Praxis mitverantwortlich für die negati-
ven entwicklungspolitischen Konsequenzen in
Westafrika." Die Besorgnis des BMZ ist nicht
ohne Grund. "Die EG-Dumpingpolitik unterläuft
zahlreiche Projekte im Viehsektor Westafrikas,
ein Schwerpunkt deutscher Entwicklungshilfe
seit den 70er Jahren: Viele Projekte stehen vor
dem Ruin, das Vieh ist unverkäuflich geworden",
erläutert Gerhard Schwaab von FIAN Neckarge-
münd.

"Es ist an der Zeit, daß EG und Bundesregierung
sich stärker um eine Übereinstimmung zwischen
ihrer Entwicklungspolitik- und Handelspolitik be-
mühen."



Autofahren - Wenn schon, denn schon !!!

"Mehr Kilometer, mehr Kraft und eine saubere Umwelt"

Damit wirbt eine kleine Firma für Umwelt und Gesundheitstechnik im Südbadischen für ein äußerst interessant klingendes Produkt, den "Petrolbooster".

Aus dem Prospekt ist zu entnehmen, daß dieses runde Gummitteil mit einem Loch in der Mitte und einem Durchmesser von ca. 10 cm einfach in der Nähe des Vergasers um die Treibstoffleitung gelegt und mit einem Spannrriemen befestigt wird.

Im Inneren des Petrolboosters befinden sich Magnete, die den Brennstoff beim Durchfließen magnetisch aufladen. Dies bewirkt das Auflösen der ursprünglich verbundenen Moleküle des Treibstoffes (Benzin oder Diesel) in viele einzelne.

Diese einzelnen Moleküle verbrennen in der Brennkammer gleichmäßiger und führen dadurch zu einer höheren Kilometerleistung , mehr Kraft und einer geringeren Umweltbelastung.

Der Petrolbooster wurde in verschiedenen Ländern wissenschaftlich getestet. Dabei wurden Kraftstoffeinsparungen von 10-20 % und wesentlich geringere Schadstoffemissionen festgestellt.

In Deutschland ist der Petrolbooster erst seit Mai diesen Jahres auf dem Markt. (Preis: 104 DM/incl. Porto)

Ich habe mich entschlossen, den Petrolbooster selbst zu testen. Er ist seit einigen Tagen in unserem alten VW-Bus eingebaut.

Wer Näheres über das Teil bzw. meine Erfahrungen mit ihm wissen möchte, kann sich gerne auch telefonisch an mich wenden.

Markus Bühler, Hauptstr.53
Wiesenbach; Tel.: 46807

IMPRESSUM

IMPRESSUM "DER GRÜNE BOTE"

Zeitung der GRÜNEN Wiesebach
V.i.S.d.P.
Peter Kühn
Poststr.12
69257 Wiesebach

Auflage : 950
Die Meinung der Autoren stellt
nicht in jedem Falle die Auf-
fassung der Redaktion dar.



WOHNUNGSNOT 1

In Wiesebach mangelt es an (Miet-)Wohnungen, insbesondere für mehrköpfige Familien. Das weiß hier jede(r).

Verständlich deshalb, wenn der Bürgermeister die Mieterin einer gemeindeeigenen Vier-Zimmer-Wohnung, die dort nach dem Flüggewerden ihrer Kinder alleine lebt (höflich???) fragt, ob sie nicht in eine kleinere Wohnung umziehen kann.

Absolut unverständlich aber, wenn derselbe Bürgermeister die freigewordene Wohnung für eine (zweite) Allgemeinmedizinerpraxis zweckentfremdet vermietet, statt sie einer Familie mit zwei Kindern zu überlassen.

H.L. Nöllenburg

Anmerkung der Redaktion: Wird eigentlich auch bei Hausbesitzern mit leerstehenden Einliegerwohnungen so gefragt, oder müssen sich das nur Mieter gefallen lassen, weil anschließend eine saftige Mieterhöhung ins Kalkül gezogen werden kann?

Peter Kühn

Die Lehrerschaft ist schuld

(Melodie frei gestaltbar als Rap oder Talking Blues)



Es läuft vieles schief im deutschen Land

Da muß wer dran schuld sein, das liegt auf der Hand

Die Damen und die Herren aus der Politik

Die setzen sich zusammen und schau an wem es liegt

Nicht an der CDU und nicht an der SPD

Und auch nicht an der Wirtschaft, weil, der tut man nicht weh

Nicht an der Rezession und auch nicht am Ozon

Schon eher am zu hohen Beamtenlohn

Es liegt nicht an den Skins, am Spiegel und am Stern

Nicht an den Photos von Madonna , denn die sehn alle gern

Es liegt nicht an Matthäus und nicht an Wimbledon

Auch nicht am Waffenhandel, wer hat schon was davon

Und alle sind sich einig - es liegt, nur Geduld

Was auch im Lande schief geht: Die Lehrerschaft ist schuld.

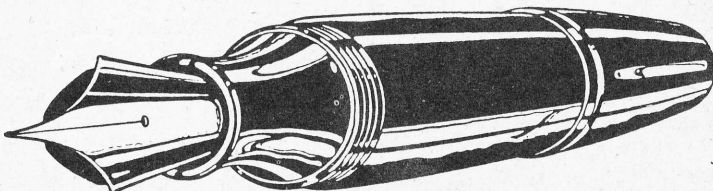
Die Lehrerschaft schafft nix, die Lehrerschaft ist schuld.

Passiert wo ein Unfall, dann hat ganz ungefragt
Die Verkehrserziehung wieder mal versagt
Macht irgend jemand Schluß mit einem goldenen Schuß
Dann ist klar, daß die Schule besser beraten muß
Schon 1866, als die Schlacht bei Sadowa
Verloren ging für Östreich, da war es offenbar
Es sprach der olle Josef mit kaiserlicher Huld
Die Lehrer ham versagt, die Lehrer die sind schuld
 Und alle sind sich einig - es liegt, nur Geduld
 Was auch im Lande schief geht: Die Lehrerschaft ist schuld.
 Die Lehrerschaft schafft nix, die Lehrerschaft ist schuld.

Brennen im Land die Häuser gibts Mord und gibts Pogrom
Liegt's nicht an den Brandstiftern in Mölln oder in Bonn
Denn warum sind die Täter so gewaltig assozial
Die Schule hat versagt, daran liegt es allemal
Die Schule kennen alle, denn alle waren drin
Jeder kennt 'nen miesen Lehrer, ne 'fiese Lehrerin
 Und alle sind sich einig - es liegt, nur Geduld
 Was auch im Lande schief geht: Die Lehrerschaft ist schuld.

Und wenn die Leute krank sind, zu mager oder dick
Dann ruft man nach der Schule in dieser Republik
Und wird wo was beschädigt, beschmiert oder geklaut
Mehr Moralerziehung fordert dann alles laut
Die Lehrerschaft soll helfen, zur Not auch mit dem Stock
Mit Yoga und mit Beten und mit Elektroschock
 Und alle sind sich einig - es liegt, nur Geduld
 Was auch im Lande schief geht: Die Lehrerschaft ist schuld.
 Die Lehrerschaft schafft nix, die Lehrerschaft ist schuld.

Die Schule kennen alle, denn alle waren drin
Jeder kennt 'nen miesen Lehrer, 'ne fiese Lehrerin
Der Politiker ist einig mit der Politikerin
Die Politikverdrossenheit, die ist nur deshalb "in".
Lambsdorf, Kohl und Krause, Streibl, SeligStrauß
Sie alle hatten Lehrer und deshalb kam s o w a s raus.
 Da bin ich mit mir einig - es liegt, nur Geduld
 Da ging etwas schief: Die Lehrerschaft ist schuld.
 Die Lehrerschaft schafft nix, die Lehrerschaft ist schuld.



"Ätsch"

Es ist nun etwa drei Jahre her, daß Herr
Bürgermeister Kaiser sich von seiner
inneren Stimme genötigt sah, mich
bei meinem Arbeitgeber zu denunzieren
und meine Bestrafung anheimzustellen.
Anlaß war der Abdruck meines "Vereinigungsliedes" im GRÜNEN BOTEN (Presse
und TV berichteten darüber). Meine vor-
gesetzte Behörde, ein Staatliches Schulamt,
kam dem Vorschlag des Herrn Bürgermei-
ster nach Bestrafung nicht nach, sprach
aber eine Belehrung aus.

Hessische CDU-Landtagsabgeordnete woll-
ten Herrn Bürgermeister offenbar beistehen:
sie stellten eine Anfrage im Hessischen
Landtag. Motto sinngemäß: "Beratet! Ist
Kühns Vereinigungslied Kunst - oder schon
entartet?" Strafmaßnahmen auf diesem
Weg herbeizuführen mißlang ebenfalls.
Ich war und bin der Meinung, daß in
einem demokratischen Land auch Beamte
(im Gegensatz zu Kampfhunden) ohne
Maulkorb herumlaufen sollen - deshalb
legte ich auch Rechtsmittel gegen die
Belehrung durch das Staatliche Schulamt
ein.

Nach zwei Jahren der juristischen Aus-
einandersetzung mit Schulamt und Regie-
rungspräsidium wurde das Verfahren nun
abgeschlossen. Ergebnis: Regierungs-
präsidium und Staatliches Schulamt muß-
ten den Vorgang aus meiner Personal-
akte herausnehmen und vernichten.

Übrigens: Zum Zeitpunkt der Entstehung
meines Liedes versprachen Herr Kanzler
und seine Mannen blühendes Ex-DDRLand.
Die Folgekosten der Vereinigung wollten
sie aus der Portokasse bezahlen. Ich sagte
im Lied voraus, daß sie die Folgekosten
bald am liebsten "abtreiben" würden.
Wenn alles nicht so traurig wäre, müßte
man eigentlich "Ätsch" sagen!

Peter Kühn